

Verehrte Anwesende!

1. Bildung

„Der Neubau der Robert-Boehringer-Gemeinschaftsschule einschließlich Mensa für das gesamte Bildungszentrum II wird geschätzt, nicht gerechnet, insgesamt 14 Millionen Euro kosten. Hiervon sind rund 12,3 Millionen Euro in den kommenden vier Jahren im städtischen Haushalt eingeplant.“ (OB Holzwarth am 10.11.2015)

„Die Schule wird nach aktuellen pädagogischen Erkenntnissen gebaut. Es wird sich dort eine sehr gute und moderne Lernatmosphäre ergeben. [...] Der Wunsch nach detaillierten Planungsdaten sollte dabei nicht so interpretiert werden, dass wir das Projekt damit in Frage stellen. Keineswegs!“ (Haushaltsrede der CDU am 22.12.2015)

„Die Investitionen in Bildung und Betreuung, an erster Stelle den Neubau der Robert-Böhringer-Gemeinschaftsschule mit Mensa im BZ II mit Gesamtkosten von rund 14 Mio. € halten wir für richtig.“ (Haushaltsrede der FWV am 22.12.2015)

„Die räumlichen Möglichkeiten der neuen Robert-Böhringer-Schule sind einzigartig und werden wegweisend sein für andere Gemeinden. [...] Jedenfalls wird das Gebäude mit seinen vielseitigen Möglichkeiten ein Traum jedes Schulleiters sein, gleich welcher Schulart.“ (Haushaltsrede der FDP am 22.12.2015)

Dieser Traum ist – wie wir inzwischen wissen – ausgeträumt, ja, er ist sogar wahrscheinlich zum Alptraum von Schulleiter Markus Klein geworden! Der Eintrag auf der städtischen Homepage muss künftig geändert werden: „Auch ein hervorragendes Angebot an Schulen hat Winnenden als Große Kreisstadt zu bieten: acht Grundschulen, eine Werkrealschule, zwei Realschulen, zwei Gymnasien und eine Förderschule.“ Ist es wirklich nur ein lässliches Versäumnis, dass die Gemeinschaftsschule in der aktuellen Fassung noch nicht vorkommt?

Sie werden mir sicherlich zustimmen, dass das Thema, das unsere Stadt derzeit am meisten umtreibt, die Zukunft der Robert-Boehringer-Gemeinschaftsschule ist. Aus diesem Grunde und weil wir leider mit unserer Meinung dazu in der Minderheit sind, erlauben Sie mir eine etwas ausführlichere Stellungnahme dazu.

Wenn es nach dem Willen der Mehrheit des Gemeinderats geht – die ja noch von einem erfolgreichen Bürgerentscheid ausgehebelt werden kann – wird unsere Gemeinschaftsschule geschlossen. Wir verweisen die künftig an dieser Schulart interessierten Viertklässler nach Schwaikheim, an eine Schule also, die zuletzt nicht unbedingt durch solide Anmeldezahlen überzeugen konnte (in diesem Frühjahr waren es lediglich 15!). Ich habe mir die Mühe gemacht und die weiterführenden allgemein bildenden Schulen in unserem Landkreis gezählt: Es gibt im Rems-Murr-Kreis 14 Gymnasien, 18 Realschulen, 6 noch aufnehmende Werkrealschulen (die übrigen sind auslaufend) und derzeit 20 Gemeinschaftsschulen, wobei jede Große Kreisstadt mindestens eine hat, Backnang und Fellbach haben zwei, Waiblingen sogar drei. Wir geben also die Schulart auf, die im Landkreis die meisten Standorte hat. Man muss sich das mal auf der Zunge zergehen lassen: Unsere Bürgerinnen und Bürger, die u.a. ihre Steuern entrichten, damit ihre Stadt ihnen Infrastruktur aller Art – also auch Schulen – stellt, müssen künftig auf diese Schulart verzichten, weil – so muss man es wohl verstehen – die Steuerkraft der Stadt, deren Kernhaushalt seit 2013 schuldenfrei ist, nicht ausreicht!

Wir räumen ja ein, dass die in der Entwurfsplanung projektierten Baukosten von 21,9 Mio. zu hoch sind; der Entschluss, die weitere Planung auf dieser Grundlage einzustellen, wurde von uns mitgetragen. Es ist sicherlich auch richtig, dass unsere Raumschaft nur einen Bedarf von zwei Gemeinschaftsschulen hat, wie dies schon vor Jahren festgestellt wurde. Insofern wurde der erste Fehler von der Schulaufsicht begangen, die ohne besondere Weitsicht am Beginn der

Geschichte der baden-württembergischen Gemeinschaftsschulen jeden Antrag auf Einrichtung genehmigt hatte. Es ist auch bedauerlich, dass das gelegentlich so hochgelobte Instrument der regionalen Schulentwicklung, das 2014 ins Schulgesetz eingefügt wurde, in Wahrheit ein zahnlöser Tiger ist, der in unserer Situation der Schulaufsicht keinerlei Steuerungsmöglichkeit gegeben hat. Dennoch sind wir der Meinung, dass wir als Große Kreisstadt unserer Verantwortung für das Gemeinwohl nicht gerecht werden, wenn wir unsere Schule schließen und unsere Schülerinnen und Schüler an eine Schule verweisen, die am westlichen Rand unserer Raumschaft liegt und wahrscheinlich vor allem deshalb bisher noch keine wirkliche Strahl- und Anziehungskraft gezeigt hat.

Die Verwaltung hat gewissermaßen in vorauseilemdem Gehorsam dem Masterplan des CDU-geführten Kultusministeriums entsprochen, der mit der Stärkung der Realschulen und der gleichzeitigen Schwächung der Gemeinschaftsschulen die Schaffung eines neuen Schultyps anstrebt, der in einigen Jahren aus diesen beiden Schularten als nichtgymnasiale Sekundarschule entstehen wird. Wir wären nicht das erste Bundesland, in dem diese Strategie umgesetzt würde.

Allerdings ist die Zeit für die Umsetzung dieses von mir hier unterstellten Zukunftskonzepts der Landesregierung noch nicht angebrochen und mit dem gewaltsamen Abbruch der RBGMS in Winnenden unter dem geradezu fadenscheinig zu nennenden Verweis auf Schwaikheim ist sicherlich auch nicht die feine englische Art gewählt worden. Wir hätten besser daran getan, wenn wir, nachdem der erste Ansatz zur Lösung unseres Schulproblems – der Entwurf mit 21,9 Mio. – nicht zielführend war, die Frage erst einmal ein weiteres Jahr geschoben hätten, um dann mit Ruhe über reduzierte Entwürfe oder gar über gänzlich andere Konzepte – Lösung mit zwei Standorten, Gründung eines Schulverbands, Übergang der Schulträgerschaft an den Landkreis o.ä. – nachzudenken. Die Situation, die nun Beschlusslage ist, ist in höchstem Maße unbefriedigend und das anstehende Bürgerbegehren ist hierfür hinreichend Beleg. Wir sind gespannt, wie es hiermit weitergeht.

2. Schaffung von sozialem Wohnraum/Anschlussunterbringung

Wir haben in diesem Jahr den Eigenbetrieb Stadtbau Winnenden gegründet und haben heute den ersten ganzjährigen Wirtschaftsplan aufliegen. Wir sind damit flexibler aufgestellt als bisher und können mit diesem Rechnungsträger transparenter und schlagkräftiger agieren, um den jahrelang vernachlässigten Bereich des sozialen Wohnungsbaus, der uns derzeit in der Form von erforderlicher Anschlussunterbringung für Flüchtlinge besonders herausfordert, wiederzubeleben. Der Druck auf dem Wohnungsmarkt ist nun einmal in allen Bereichen hoch und es ist das Niedrigpreissegment, das im Portfolio der kommerziellen Bauträger regelmäßig zu kurz kommt. Um handlungsfähig zu bleiben, müssen für in Frage kommende Flächen frühzeitig durchgeplante Konzepte erstellt werden, auch wenn sie vorerst nur in der Schublade liegen. Nur so ist sichergestellt, dass auch auf kurzfristigen Bedarf reagiert werden kann. Es ist lobenswert, dass auch von Seiten der Stabsstelle für Integration mögliche Wohnungsangebote im Bestand abgefragt werden; wenn das Ergebnis dieser Abfragen die Deckung des Bedarfs nicht sichert, haben wir die nötige Umsicht an den Tag gelegt, wenn wir unsererseits zur Tat schreiten. Zu beachten ist hierbei, dass jeweils das gesamte Stadtgebiet in Betracht zu ziehen ist, wenn gebaut wird.

3. Bauen und Wohnen

Wohnraum ist im Großraum Stuttgart knapp. Umso bedauerlicher ist es, dass die Entwicklung des künftigen Wohngebiets Hungerberg-Adelsbach in Verzug geraten ist. Die Gründe – hoher verwaltungstechnischer Aufwand für die Umlegung der Grundstücke im Gebiet bei gleichzeitiger Personalnot im Stadtentwicklungsamt – sind bekannt, helfen den Wohnungssuchenden und

Bauwilligen jedoch nicht. Umso wichtiger ist es, dass die weitere Entwicklung dieses Gebiets und weiterer, allerdings kleinerer Gebiete auch in den Ortsteilen nun ohne weitere Verzögerungen voranschreitet. Winnenden ist aus vielerlei Gründen eine attraktive Kommune und wird es auch bleiben, insbesondere, da die demographische Wirkung des Rems-Murr-Klinikums als großer Arbeitgeber sich erst im Verlaufe der kommenden Jahre zeigen wird.

4. Kinderbetreuung

Wenn wir erfolgreiche, also nachgefragte Wohngebiete ausweisen, wird auch die Aufgabe der Kinderbetreuung Folgekosten generieren. Nach dem Kinderhaus Seewasen, das derzeit im Bau ist, können wir keineswegs die Hände in den Schoß legen, sondern müssen den Blick auf das neue Baugebiet Adelsbach-Hungerberg werfen, wo für die Kinderbetreuung gleichfalls ein Neubau erforderlich sein wird. Aber es sind hier nicht nur Investitionen in Immobilien, die zu Buche schlagen, sondern wir müssen seit einigen Jahren auch erhebliche Steigerungen der Personalkosten einplanen, da sich sowohl die Ausweitung der Betreuungszeiten als auch die Steigerung der professionellen Qualität der Betreuung in den Kosten niederschlagen.

5. Energie und Nachhaltigkeit

Die Stadtwerke Winnenden entwickeln sich sehr gut. Der Ausbau des Vertriebs von Strom und Gas, das erworbene Miteigentum an den entsprechenden Netzen und die Eröffnung neuer Geschäftsfelder wie Energie-Contracting oder der Betrieb eines BHKWs stellen eine bisher funktionierende Strategie dar, so dass auch weiterhin der kostenintensive und abmangelträchtige Betrieb unserer Bäder gewährleistet ist. So ist es nur folgerichtig, dass unsere Stadtwerke nun auch auf dem Sektor der Fernwärme in Form einer Zusammenarbeit mit der Steag New Energies GmbH und eines anteiligen Erwerbs des Winnender Fernwärmenetzes ein weiteres umfangreiches Geschäftsfeld betreten.

6. Kultur

Zum zweiten Mal wird Winnenden im kommenden Jahr Schauplatz der Konzerttage sein. Wir freuen uns auf eine Woche voller Musik und voller interessanter kultureller Ereignisse in unserer Stadt. International renommierte Künstler und örtliche bzw. regionale Kulturschaffende werden für eine kurze Zeit bei uns zu Gast sein, um uns als ihr Publikum zu begeistern. Wir wünschen uns, dass diese Veranstaltungsreihe tief in unsere Stadtgesellschaft hineinwirkt und nicht nur als Event einer kleinen bildungsbürgerlichen Schicht verstanden wird. Es wäre schön, wenn sich das Konzept als so tragfähig erweisen würde, dass es dauerhaft etabliert werden kann.

7. Fazit und Ausblick auf 2017

Im kommenden Jahr werden wir – außer einen möglichen Bürgerentscheid in unserer Stadt – eine Bundespräsidentenwahl, eine Bundestagswahl und drei Landtagswahlen in Deutschland mit Spannung erwarten. Auch in Frankreich wird ein neuer Präsident gewählt; ausnahmsweise wünschen wir uns dieses Mal keine Präsidentin. In den USA, wo zu Jahresbeginn ein neuer gewählter Präsident sein Amt antreten wird, wird sich passenderweise am 21. August das Land verfinstern – jedoch nur aufgrund einer totalen Sonnenfinsternis. Alle genannten politischen Ereignisse haben ein Moment der Beunruhigung, da sie von der hoffentlich vernunftgeleiteten Entscheidung der beteiligten Wähler abhängig sind. Es ist vielleicht ein schwacher Trost, dass wir im Herbst 2017 eines Ausbruchs aus dem finsternen Mittelalter und eines Aufbruchs ins Licht

gedenken, der damals auch der Vernunft breite Geltung verschaffen wollte. Mögen wir uns dessen spätestens dann bewusst werden, wenn das 500. Reformationsjubiläum uns am 31. Oktober einen zusätzlichen Feiertag zur Einkehr beschert.

Zum Ende meiner Rede danke ich im Namen der Fraktion der ALI allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre Arbeit im Jahr 2016. Unser Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die konstruktive und sachorientierte Zusammenarbeit im Gremium.

Wir wünschen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2017. Bleiben Sie gesund und behalten Sie Ihr Interesse am Geschehen in der Welt und um uns herum. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass der postfaktische Populismus eingedämmt wird und die blindwütige Emotionalität einer warmherzigen Rationalität weicht.

Die eingangs geschilderten Bedenken gegen die Abwicklung unserer Robert-Boehringer-Gemeinschaftsschule bestehen weiterhin. Wir fordern jedoch auch nicht den sofortigen Neubau im Sinne der vorliegenden Entwurfsplanung und hätten eine abwartende Haltung vorgezogen. Daher stimmen wir dem Haushalt 2017 zu.

Für die Fraktion der ALI
Christoph Mohr